

Sie wollen den Sozialstaat abschaffen!

Am 29. März Generalstreik gegen die Arbeitsmarktreform und für den Erhalt der öffentlichen Dienstleistungen

Die von der spanischen Regierung ohne vorhergehende Gespräche oder Verhandlungen mit den Tarifpartnern dekretierte Arbeitsmarktreform ist ein weiterer Bestandteil der von der EU verordneten Sparpolitik, die, angeführt von der deutschen und französischen Regierung, letztendlich das Ziel verfolgt, die Nachfrage der mit der Staatsverschuldung spekulierenden Finanzmärkte zu befriedigen.

Seit Mitte 2010 hat die EU ihre Krisenpolitik einzig und allein darauf ausgerichtet, das öffentliche Defizit zu reduzieren. Auf Mittel zur Stimulierung der Wirtschaft wurde verzichtet. Statt dessen setzte man auf eine Senkung der öffentlichen Ausgaben und die Liberalisierung des Arbeitsmarkts. In Wirklichkeit sucht die Europäische Union nicht den besten Weg aus der Krise, sondern macht sich die Krise zunutze, um den Sozialstaat und die Rechte der Arbeitnehmer abzubauen.

Die bisher eingeschlagene Politik hat nicht die angekündigten Ziele erreicht, im Gegenteil. Sie hat uns weiter vom Wachstum entfernt. Die Europäische Union steht vor einer neuen Rezession. Das Resultat der bisherigen Politik spricht für sich: 24,5 Millionen Arbeitslose.

Die Durchsetzung der geschilderten Politik hat auch gravierende Folgen für die Demokratie in Europa. Man hat nicht gezögert, in einigen Ländern Verfassungsänderungen zu erzwingen, in anderen wurden technokratische Regierungen eingesetzt. Die Initiative ging von den politischen Eliten aus, eine Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungen fand nicht statt. Spanien ist dafür ein gutes Beispiel.

In unserem Land hat die seit 2010 verfolgte Sozialpolitik – gegen die wir bereits mit einem Generalstreik am 29. September 2010 protestiert hatten – zu einem allmählichen Abbau der öffentlichen Dienstleistungen und Einschnitten ins soziale Netz geführt. Die Krise dient als Vorwand für eine allmähliche Privatisierung öffentlicher Leistungen. Soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit nehmen zu. Auf der anderen Seite verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation. Der Konsum hat nachgelassen, die Geldinstitute gewähren trotz der erhaltenen Unterstützung kaum Kredite, die Konjunktur erlebt einen Abschwung und die Arbeitslosigkeit steigt. Unter den Jugendlichen hat sie fast 50 % erreicht.

Politischer Machtwechsel

Der im Mai 2011 nach den Kommunal- und Landtagswahlen begonnene Machtwechsel, wurde schließlich im vergangenen November bei den allgemeinen

Wahlen mit der absoluten Mehrheit der PP (Partido Popular) besiegelt. Die Folge davon ist, dass sich nun die Macht in einem seit Beginn der Demokratie einmaligen Ausmaß in der Hand einer einzigen politischen Kraft konzentriert. Weit davon entfernt, die politischen Fehler ihrer Vorgänger zu korrigieren, setzt die neue Regierung sie fort und vergrößert sie. Keine bisherige Regierung hat in so kurzer Zeit so viel getan, um den Sozialstaat und die rechtliche Regelung der Arbeitsverhältnisse zu zerstören, deren Aufbau nach den ersten demokratischen Wahlen 1977 auf Beschluss aller Parteien in Gang gesetzt wurde und die in der spanischen Verfassung verankert sind.

Die jetzige Politik fortzusetzen kommt einem Selbstmord gleich. Infolge der Konjunkturflaute steigt die Arbeitslosigkeit in Spanien weiter. Schon vor zweieinhalb Jahren haben die Gewerkschaften einen Pakt zur Schaffung von Arbeitsplätzen vorgeschlagen, an dem alle politischen Kräfte, die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände und politische Vertreter aller Parteien beteiligt werden sollten. Darin sollte die Steuerpolitik, die Finanzreform, die Vermögenspolitik, eine mögliche Preiskontrolle sowie die Industriepolitik im Einklang mit innerbetrieblichen Flexibilisierungsmaßnahmen und anderen Maßnahmen zur Reaktivierung der Wirtschaft und einem Wandel des Produktivitätsmodells vereinbart werden. Weder diese noch die vorherige Regierung sind auf den Vorschlag eingegangen.

Jetzt haben wir eine als Gesetzesdekret ohne Verhandlung mit den Tarifpartnern verabschiedete neue Arbeitsmarktreform, die sich über eine erst vor Kurzem zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden getroffene Vereinbarung hinwegsetzt und daher möglicherweise in Form und Inhalt verfassungsfeindlich ist. Begrüßt wird die Reform von den die Sparpolitik unterstützenden Unternehmern und internationalen Organisationen.

Die unter der Regierung von Mariano Rajoy beschlossene Arbeitsmarktreform hebt das Arbeitsrecht auf und ersetzt es durch unbeschränkte Unternehmerwillkür. Sie erleichtert und verbilligt Entlassungen. Statt die Zahl der Vertragstypen zu reduzieren, erhöht sie sie durch die Einführung neuer Vertragsarten, die weiter zur Prekarisierung der Beschäftigung beitragen. Sie führt diskriminierende Maßnahmen bei der Zulassung zum Arbeitsmarkt ein, bricht mit der Verbindlichkeit von Tarifverhandlungen, und eröffnet zum ersten Mal die Möglichkeit Beamten im öffentlichen Dienst zu entlassen.

Darüber hinaus attackiert die Arbeitsmarktreform unser Modell des Sozialstaats, indem es seine Stützpfeiler, das Gesundheitswesen, das Bildungswesen und die Sozialpolitik in Gefahr bringt. Die Gründung verschiedener sozialer Plattformen zur Verteidigung des Sozialstaats und der öffentlichen Dienstleistungen haben sich als ein hervorragendes Mittel erwiesen, um weite Kreise der Bürgerschaft im Kampf gegen die Kürzungen einzubeziehen. Aber nicht genug damit, hat die Regierung angekündigt, auch elementare Bürgerrechte zu beschneiden oder ganz abzuschaffen, wie etwa das Recht der Frauen auf Schwangerschaftsabbruch, die Ehe von Homosexuellen oder das Recht auf Einwanderung. Wenn es uns nicht



comissió obrera
nacional de Catalunya

gelingt, das zu verhindern, wird unser soziales Modell zusammenbrechen und ein politisches Programm die Oberhand gewinnen, das allein im Dienst der Finanzmärkte steht.

In Katalonien hat sich die Landesregierung zum Komplizen der Regierungspartei PP gemacht. Sie betreibt den Abbau der Grundprinzipien der katalanischen Rahmenrichtlinien zur Regulierung von Arbeitsverhältnissen und die Abschaffung unseres sozialstaatlichen Gesellschaftsmodells. CIU (Convergència i Unió) gemeinsam mit der PP laden in bisher ungekannter Einigkeit einen großen Teil der Schuldenlast auf die arbeitende Bevölkerung ab.

Aus den genannten Gründen haben das Nationalkomitee von UGT Katalonien und der Nationalrat von CCOO Katalonien als höchste beschlussfassende Organe beider Gewerkschaften beschlossen, am 29. März zu einem Generalstreik aufzurufen und den sozialen Widerstand so lange aufrecht zu erhalten, bis die Regierung ihre Haltung ändert und sich zu Verhandlungen über die von uns kritisierten Missstände bereit erklärt.

Wir rufen alle in der Industrie, im Dienstleistungssektor und im öffentlichen Dienst Beschäftigten auf, sich am Streik zu beteiligen. Ebenso richten wir uns an alle Bürger und Bürgerinnen, den Generalstreik zu unterstützen und gegen die Maßnahmen zu protestieren, deren Ziel es ist, harterrungene historische Rechte für immer abzuschaffen.

Übersetzung: Claudia Kalász